



INHALT

VIELSEITIG
DAS JAHR IN ZAHLEN **04**

LAUTSTARK
KAMPAGNEN **06**

FUNDIERT
AMNESTY BERICHTE **14**

SOLIDARISCH
FÜR MENSCHEN IN GEFAHR **20**

ENGAGIERT
AKTIVISMUS **26**

UNABHÄNGIG
FINANZEN **34**

Impressum

Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin (MZ 02Z033408) Amnesty International Österreich; 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, Tel: (01) 780 08 E-Mail: office@amnesty.at; Rechtsform: Verein, ZVR 407408993, Offenlegung gem §25 MedienG siehe www.amnesty.at/impresum; Redaktion: Antonio Prokscha, Julia Trampitsch; Finanz- und Spendenverwendung (April 2026): Stephanie Geier, Shoura Hashemi (directors@amnesty.at), Spendenwerbung: Victoria Strobl (victoria.strobl@amnesty.at); Datenschutzbeauftragte: Martyna Michalak (datenschutz@amnesty.at); Grafik & Design: Gregor Maczek; Druck: Becker Mail Produktionsagentur Dr. Henriette Dahm GmbH, 1010 Wien

Die Zusendung von menschenrechtlichen Informationen durch Amnesty International kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft durch eine E-Mail an abmelden@amnesty.at oder telefonisch/postalisch widerrufen werden. Detaillierte Informationen dazu sind transparent in unserem Datenschutzhinweis (www.amnesty.at/datenschutzhinweis) vermerkt.



EIN BLICK ZURÜCK, EIN BLICK NACH VORN.

Jedes Jahr, wenn wir uns der Erstellung unseres Tätigkeitsberichts widmen – meist in den ersten Monaten des neuen Jahres, kurz vor der Mitgliederversammlung – stecken wir längst mitten im nächsten. Die Arbeit geht weiter, die Herausforderungen reißen nicht ab. Umso wichtiger ist dieser Moment des Innehaltens. Zurückzuschauen, was war. Sich zu erinnern, welchen Kämpfen wir uns gestellt haben und was wir gemeinsam erreicht haben.

Ein Moment, der uns letztes Jahr besonders bewegt hat, war die Freilassung von Maria Kalesnikava. Viele Jahre lang sind wir mit tausenden Unterstützer*innen für sie eingestanden. Ihre Freiheit zeigt, dass unser Einsatz wirkt. Solche Erfolge sind bitter nötig, denn das vergangene Jahr war auch von Rückschritten geprägt. Autoritäre Kräfte erstarben, Gewalt und Spaltung nehmen zu. Auch in Österreich. Doch genau das macht Weitermachen so wichtig. Für unsere Rechte kämpfen. Einander bestärken. Am stärksten gemeinsam.

Die Demontage der Menschenrechte ist nicht unausweichlich. Durch jahrzehntelange Erfahrung wissen wir, wie wir diesen Entwicklungen begegnen. Durch Proteste, Aktionen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die Menschenrechtsverletzungen sichtbar macht. Unsere Researcher*innen gehen dort hin, wo andere zögern, unsere Aktivist*innen sind laut, wo andere es nicht sein können. All das ist möglich durch Menschen wie Sie, die unsere Unabhängigkeit Jahr für Jahr sichern. Wir freuen uns darauf, auch 2026 gemeinsam mit Ihnen für eine gerechtere Welt einzutreten.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Blättern!

Shoura Hashemi & Stephanie Geier

VIELSEITIG

6 Mio.

MENSCHEN

haben wir mit unseren Postings über unsere Social-Media-Kanäle auf Instagram, Facebook, YouTube, LinkedIn, X und Bluesky erreicht.

31.568

BRIEFE

wurden im Rahmen des Amnesty Briefmarathons aus Österreich verschickt, um Menschen in Gefahr zu unterstützen, die sich für Menschenrechte einsetzen und zu Unrecht verfolgt werden.

8.330

SCHÜLER*INNEN

haben wir mit Angeboten der Menschenrechtsbildung an Schulen und in Workshops in ganz Österreich erreicht.

2.966

ERWÄHNUNGEN

hatte Amnesty International im Jahr 2025 in österreichischen Medien. Die wichtigsten Themen: Messenger Überwachung in Österreich, der weltweite Einsatz der Todesstrafe und der Krieg in Gaza.

245

EHRENAMTLICHE

und 47 hauptamtliche Mitarbeiter*innen engagieren sich bei Amnesty International Österreich.

151

AKTIONEN

wurden von unseren Aktivist*innen in Österreich für Menschenrechte organisiert – darunter Proteste, Diskussionen, Mahnwachen und Infostände.

38

LOBBYING-GESPRÄCHE

mit Politiker*innen haben wir geführt, um die Menschenrechte in Österreich zu stärken.



© Amnesty International / Nagy Szabolcs

Wir mobilisieren weltweit Tausende Menschen, die in Kampagnen öffentlichen Druck auf Verantwortliche ausüben. Auf Basis fundierter Recherchen und im Einklang mit dem internationalen Menschenrechtsrecht greifen wir auch dann unbequeme Themen auf, wenn sie politisch nicht genehm sind. Auf dem Bild: Amnesty Gruppe auf der Budapest Pride 2025.

FIGHTING
GUYS
1961

STOPPT DEN GENOZID IN GAZA!

Der Genozid an den Palästinenser*innen in Gaza ist noch lange nicht vorbei. Es braucht für einen nachhaltigen Waffenstillstand jetzt uneingeschränkt humanitäre Hilfe.

Untersuchungen von Amnesty International belegen: Israel begeht einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Seit Oktober 2023 hat die israelische Armee 90 % der 2,2 Millionen Palästinenser*innen in Gaza gewaltsam vertrieben und über 72.000 von ihnen getötet. Weitere 170.000 Menschen wurden schwer verletzt, darunter Zehntausende Kinder.

Trotz formellen Waffenstillstands geht der Genozid an den Palästinenser*innen in Gaza weiter. Die Gesundheits- und Lebensmittelversorgung ist weitgehend zusammengebrochen. Israel behindert und verweigert weiterhin absichtlich den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren und Personen sowie die Verteilung von Hilfsgütern im Gazastreifen.

Amnesty International Österreich setzt sich entschlossen für ein Ende des Genozids ein. Mit Protesten und Aktionen auf der Straße und gezielter Öffentlichkeitsarbeit üben wir Druck auf politische Entscheidungsträger*innen aus. Österreich muss sich mit klaren Taten gegen die Verbrechen an der palästinensischen Bevölkerung stellen!

Für einen nachhaltigen Frieden braucht es uneingeschränkte humanitäre Hilfe, ein Ende der illegalen Besatzung sowie Rechenschaft für die Verantwortlichen. Palästinenser*innen haben ein Recht auf Selbstbestimmung und müssen in alle Entscheidungen zu ihrer Zukunft einbezogen werden.

[amnesty.at/gaza](https://www.amnesty.at/gaza)



Hunderte Menschen versammelten sich im August 2025 gemeinsam mit uns und der Initiative „Standing Together Vienna“ vor dem österreichischen Nationalrat und setzten ein klares Zeichen gegen den Genozid in Gaza.



Am Tag der Gesundheit sprühten Aktivist*innen gemeinsam mit Amnesty International Graffiti an den Wiener Donaukanal, als sichtbares Zeichen für den freien Zugang zu Schwangerschaftsabbruch. Im Bild (v.l.n.r.): Amnesty Campaignerin Montserrat Romero und Researcherin Ronya Alev.

MEIN KÖRPER, MEIN MENSCHENRECHT!

Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist in Österreich nach wie vor ein ungelöstes Menschenrechtsproblem. Amnesty International fordert ein Ende der Hürden und vollständige Entkriminalisierung.

Der Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch ist ein Menschenrecht, das in Österreich nicht ausreichend gewährleistet ist. Betroffene stehen vor zahlreichen Hürden: mangelnde Versorgung, gesellschaftliche Stigmatisierung und finanzielle Belastungen. Abbrüche sind hierzulande nach wie vor eine Straftat, die nur unter bestimmten Bedingungen straffrei bleibt. Dieser Eingriff in die reproduktiven Menschenrechte ist unhaltbar.

Österreich steht damit nicht allein: In Europa haben mehr als 20 Millionen Frauen keinen Zugang zu sicheren Abbrüchen. Das EU-Parlament hat im Dezember 2025 die Kommission aufgefordert, einen Fonds einzurichten, der Frauen aus restriktiven Ländern Reisen in andere Mitgliedsstaaten ermöglicht, um dort Abbrüche vornehmen zu lassen. Angestoßen wurde der Fonds durch die europäische Bürgerinitiative „My Voice, My Choice“, die Amnesty mitunterstützte und über eine Million Unterschriften sammelte.

„Selbstbestimmung darf kein Privileg sein. Wir fordern: Österreich muss sicherstellen, dass jede Person die Möglichkeit und das Recht auf sicheren und leistbaren Schwangerschaftsabbruch hat“, so Ronya Alev, Researcherin bei Amnesty International Österreich

amnesty.at/schwangerschaftsabbruch

KENNZEICHNUNGS- PFLICHT

Amnesty International fordert eine verpflichtende Kennzeichnung von Polizist*innen, damit Fehlverhalten konsequent verfolgt und Straflosigkeit verhindert werden kann.

Die Versammlungsfreiheit gerät weltweit zunehmend unter Druck. Von den USA über Serbien und Georgien bis in den Iran dokumentieren wir Repression gegen Menschen, die für ihre Rechte auf die Straße gehen.

Auch in Österreich gibt es zahlreiche Probleme: Misshandlungsvorwürfe gegen Polizeibeamt*innen bleiben oft folgenlos. Selbst, wenn Fehlverhalten festgestellt wird, können Täter*innen häufig nicht identifiziert werden, da keine sichtbare Kennzeichnung oder Körperkameras getragen werden müssen. Amnesty International fordert: Polizist*innen im Dienst müssen klar identifizierbar sein! Nur so können wirksame Ermittlungen Straflosigkeit verhindern.

„Das Recht auf friedliche Versammlungsfreiheit darf nicht ausgehöhlt werden. Transparenz, Verhältnismäßigkeit und Rechenschaftspflicht sind unverzichtbar für einen funktionierenden Rechtsstaat.“, so Marcel Zippenfenig, Advocacy & Research Officer bei Amnesty International Österreich.

[amnesty.at/ptp](https://www.amnesty.at/ptp)

7 0 9 8 3

POLIZEI

FUNDIERT

AMNESTY
INTERNATIONAL





Weltweit sammeln die Researcher*innen von Amnesty International Informationen über Menschenrechtsverletzungen, decken Missstände auf und ziehen die Verantwortlichen zur Rechenschaft. Hier im Bild unsere Generalsekretärin Agnès Callamard bei der Vorstellung des Amnesty International Jahresberichts.

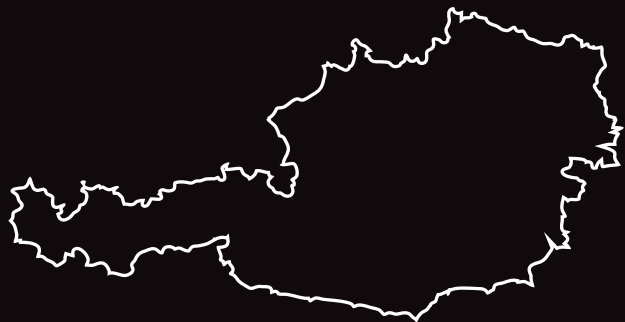
AMNESTY INTERNATIONAL BERICHTE

ÖSTERREICH: BEZAHLKARTE

Seit November 2024 müssen asylsuchende Menschen in Niederösterreich eine sogenannte „Bezahlkarte“ benutzen statt Bargeld. Amnesty International Österreich sprach zwischen Mai und September 2025 mit 20 Betroffenen und Vertreter*innen von Sozialorganisationen. Die Ergebnisse zeigen: Die aktuelle Ausgestaltung schränkt die Selbstständigkeit, die soziale Teilhabe und das Wohlbefinden der Betroffenen deutlich ein und führt zu Stigmatisierung. Pro Tag stehen Geflüchteten lediglich 5,71 Euro zur Verfügung. Bargeld abheben ist nicht möglich. Die Karte kann nur in bestimmten, oft teureren Supermärkten verwendet werden. Günstige Einkaufsmöglichkeiten wie Discounter und Sozialmärkte oder Tickets für öffentliche Verkehrsmittel sind ausgeschlossen. Hinzu kommt, dass die Karte oft technische Probleme hat. Dadurch kommen Betroffene mitunter tagelang nicht an ihr Geld.

„Die Bezahlkarte ist ein Instrument der Demütigung. Wir fordern die niederösterreichische Landesregierung auf, die Einschränkungen bei der Bezahlkarte aufzuheben“, so Aimée Stuflesser, Advocacy und Research Officer bei Amnesty International Österreich.

amnesty.at/bezahlkarte





WELTWEIT: TODESSTRAFE

Jedes Jahr dokumentiert Amnesty International die Zahl der weltweit durchgeführten Hinrichtungen. Der aktuelle Bericht für 2024 zeigt eine dramatische Entwicklung: Mindestens 1.518 Menschen wurden in 15 Ländern hingerichtet – der höchste Stand seit über zehn Jahren. Mehr als 90 Prozent fanden in nur drei Ländern statt: Iran, Irak und Saudi-Arabien. Der Iran richtete mindestens 972 Menschen hin, darunter Angehörige der „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung. Saudi-Arabien verdoppelte seine Hinrichtungen auf mindestens 345, der Irak vervierfachte sie auf mindestens 63.

Hinrichtungen werden oft eingesetzt, um Menschen einzuschüchtern und politischen Widerstand zu unterdrücken. Amnesty International hält fest: Die Todesstrafe verstößt unter allen Umständen gegen die Menschenrechte. Es gibt jedoch auch Fortschritte: 113 Staaten haben die Todesstrafe für alle Straftaten abgeschafft, zuletzt Simbabwe. Amnesty International setzt sich weiterhin für eine Welt ohne Todesstrafe ein.

„Die Todesstrafe ist ein Instrument staatlicher Willkür. Sie hat in einem Rechtsstaat keinen Platz“, sagte Shoura Hashemi, Geschäftsführerin Amnesty International Österreich.

[amnesty.at/todesstrafe](https://www.amnesty.at/todesstrafe)

SÜDASIEN: AUSBEUTUNG IN DER TEXTILINDUSTRIE

Amnesty International hat schwere Missstände in der Textilindustrie in Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka aufgedeckt. Textilarbeiter*innen (meist Frauen) werden systematisch ausgebeutet: Sie erhalten Hungerlöhne, arbeiten unter prekären Bedingungen, berichten von Misshandlungen und werden bedroht oder entlassen, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren wollen. Regierungen und internationale Modemarken tragen Mitverantwortung. Amnesty fordert: Gewerkschaftsrechte müssen geschützt, Verstöße untersucht und Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden.



KAMBODSCHA: TAUSENDE MENSCHEN ZU ONLINE-SCAMMING GEZWUNGEN

Nach 18 Monaten Recherche hat Amnesty International schwere Menschenrechtsverletzungen in mehr als 50 Scam-Zentren in Kambodscha aufgedeckt. Kriminelle Organisationen locken Menschen mit falschen Jobangeboten, entführen sie in gefängnisähnliche Einrichtungen und zwingen sie dann unter Androhung von Gewalt, Online-Betrug durchzuführen. Die Recherche basiert auf Interviews mit 58 Überlebenden aus acht Nationen, darunter neun Kinder, sowie Unterlagen von 336 weiteren Betroffenen. Fast alle Befragten waren Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit, in 32 Fällen stellte Amnesty Sklaverei fest und viele Menschen erlitten Folter oder schwere Misshandlungen.

Mehr als zwei Drittel der dokumentierten Betrugszentren sind trotz Polizeirazzien weiterhin in Betrieb. Amnesty fordert die sofortige Stilllegung aller Scam-Zentren, Schutz und Unterstützung für Betroffene sowie strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen.



SUDAN: SEXUALISIERTE GEWALT DER RSF ZERSTÖRT LEBEN

Die paramilitärische Gruppe Rapid Support Forces (RSF) hat im sudanesischen Bürgerkrieg schwere Kriegsverbrechen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Laut einem Bericht von Amnesty International hat die RSF zwischen April 2023 und Oktober 2024 systematisch sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen eingesetzt, darunter Vergewaltigung und sexualisierte Versklavung. Das Vorgehen verfolgte das Ziel, ganze Gemeinschaften zu unterwerfen, zu demütigen und zur Flucht zu zwingen.

Der Bericht dokumentiert 36 Fälle von Vergewaltigung und sexueller Versklavung in vier Regionen des Sudan. Amnesty kritisiert die mangelnde internationale Reaktion und fordert einen sofortigen Stopp von Waffenlieferungen in den Sudan, die Bestrafung der Verantwortlichen, medizinische Versorgung sowie Gerechtigkeit für die Überlebenden.



ISRAEL UND DAS BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIET: 7. OKTOBER

Amnesty International dokumentiert in einem umfassenden Bericht die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Hamas und andere palästinensische Gruppen am 7. Oktober 2023 und danach begangen haben. Rund 1.200 Menschen wurden getötet, über 800 davon Zivilist*innen, darunter 36 Kinder. 251 Menschen wurden als Geiseln verschleppt und erlitten Folter und sexualisierte Gewalt.

Für den Bericht wurden 70 Personen befragt und über 350 Videos und Fotos ausgewertet. Amnesty belegt, dass die Angriffe Teil eines systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung waren und fordert vollumfängliche Rechenschaft für die Verantwortlichen.

SOLIDARISCH





Sobald unsere Expert*innen von Menschen in Gefahr erfahren, recherchieren sie, befragen Betroffene und sammeln Beweise. Bei akuter Gefahr startet Amnesty eine Urgent Action. Menschen weltweit können dann per Brief, SMS oder E-Mail Druck auf Entscheidungsträger*innen ausüben. Dass unser Einsatz wirkt, zeigt die Freilassung der belarussischen Musikerin und Oppositionspolitikerin Maria Kalesnikava im Dezember 2025. Sie kurz darauf im Büro der deutschen Amnesty-Sektion zu sehen (im Bild) war ein großer Erfolg und Antrieb, dranzubleiben.

MENSCHEN IN GEFAHR

Weltweit geraten Menschen immer wieder zu Unrecht in Haft und ihre Menschenrechte werden bedroht. Amnesty International setzt sich für diese Menschen in Gefahr ein. Dass unser Einsatz wirkt, haben wir auch im vergangenen Jahr wieder erleben dürfen.

Wenn wir uns bei Amnesty International für Menschen in Gefahr einsetzen, begleiten uns ihre Geschichten oft über viele Jahre. Wir recherchieren, entwickeln Strategien, treten mit Verantwortungsträger*innen in Kontakt, sammeln Unterschriften, organisieren Mahnwachen und Proteste. Dabei entsteht eine tiefe Verbindung zu jenen Menschen, für die wir uns einsetzen – oft ohne sie je persönlich zu treffen.

Wenn dann eine dieser Personen freikommt und wir zum ersten Mal ihr Gesicht in Freiheit sehen, ihre Stimme hören: Dieses Gefühl ist unbeschreiblich. Einige dieser Momente durften wir auch im vergangenen Jahr feiern, wie beispielsweise die Freilassung von Maria Kalesnikava. Nach über fünf Jahren unter schrecklichen Haftbedingungen ist sie endlich frei.

Die belarussische Musikerin und Oppositionspolitikerin hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2020 die unabhängige Kandidatin Svyatlana Tsikhanouskaya unterstützt und wurde dafür entführt und zu elf Jahren Haft verurteilt. Am 13. Dezember 2025 kam sie gemeinsam mit über hundert politischen Gefangenen frei. Amnesty International hat sich von Beginn an für Maria eingesetzt.

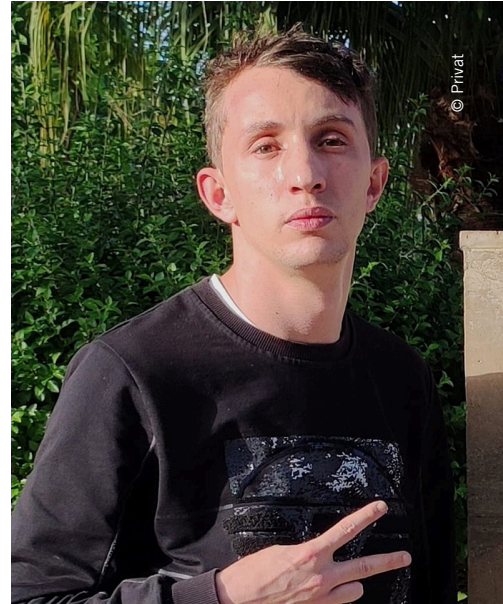
Erfolge wie diese geben Hoffnung und zeigen: Solidarität und Druck wirken. Weltweit sitzen noch viele Menschen zu Unrecht in Haft. Gemeinsam können wir das ändern.

[amnesty.at/urgentaction](https://www.amnesty.at/urgentaction)

Mohamed Tadjadit droht die Todesstrafe

Der Dichter und Aktivist Mohamed Tadjadit befindet sich seit Jänner 2025 im Gefängnis. Grund dafür ist sein Einsatz für politische Reformen in Algerien, für den er sich unter anderem mit seinen Gedichten eingesetzt hat. Ihm droht die Todesstrafe. Einfach nur, weil er seine Meinung geäußert hat. Die algerischen Behörden müssen ihn sofort freilassen!

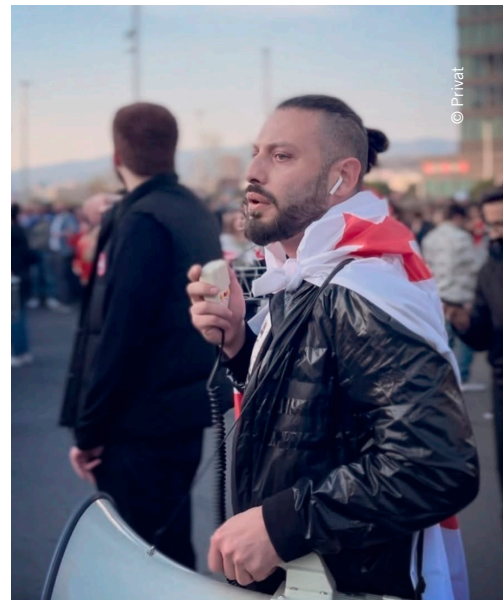
[amnesty.at/mohamed](https://www.amnesty.at/mohamed)



Saba Skhvitaridze zu Unrecht in Haft

Saba Skhvitaridze ist Aktivist und Mitglied eines oppositionellen Parteibündnisses in Georgien. Im Herbst 2024 nahm er an Protesten für die Fortführung der EU-Beitrittsverhandlungen teil. Sicherheitskräfte verhafteten Saba, folterten ihn und zwangen ihn zur Unterschrift eines falschen „Geständnisses“. Im September 2025 verurteilte ihn ein Gericht in einem unfairen Verfahren zu zwei Jahren Gefängnis. Die georgischen Behörden müssen Sabas Verurteilung aufheben, die Foltervorwürfe unabhängig untersuchen und sicherstellen, dass er freigelassen wird oder ein faires Verfahren bekommt!

[amnesty.at/saba](https://www.amnesty.at/saba)





DRAW THE LINE – BOLD STROKES, BRAVE VOICES!

Das von Amnesty International Österreich veranstaltete Kunstprojekt DRAW THE LINE – Bold Strokes, Brave Voices! ermutigte junge Menschen, sich durch ihre eigenen Kunstwerke mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung auseinanderzusetzen.

Kunst ist eine der kraftvollsten Formen von Solidarität und untrennbar mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung verbunden. Sie kann Menschen empowern, Protest sichtbar machen und Veränderung anstoßen. Doch nicht überall ist Kunst frei. Weltweit werden Werke verboten, Künstler*innen verfolgt oder inhaftiert. So etwa der afro-kubanische Künstler Luis Manuel Otero Alcántara und der Künstler Rached Tamboura aus Tunesien. Ihre Geschichten stehen stellvertretend für die Unterdrückung, die unzählige Künstler*innen weltweit erfahren.

Mit dem Projekt „DRAW THE LINE“ hat Amnesty junge Menschen in ganz Österreich dazu aufgerufen, eigene Kunstwerke einzureichen, um ein Zeichen für Kunst- und Meinungsfreiheit zu setzen und ihre Solidarität mit den beiden Künstlern auszudrücken. Über 130 Einsendungen von Schulklassen und Einzelpersonen haben uns erreicht. Vorerfahrung war nicht notwendig, entscheidend waren der kreative Ausdruck und der Zugang zu diesem wichtigen menschenrechtlichen Thema.

Eine Auswahl der Werke wurde vom 4. bis zum 14. Oktober im Spektakel in Wien ausgestellt. Eröffnet wurde die Ausstellung von der russischen Künstlerin Aleksandra Skochilenko (links im Bild), für deren Freilassung sich Amnesty International über zwei Jahre lang eingesetzt hatte.

ENGAGIERT





Die Stärke von Amnesty International liegt in den mehr als zehn Millionen Unterstützer*innen weltweit. Wir arbeiten über Ländergrenzen, Sprachen und Zeitzonen hinweg zusammen, um überall dort Unrecht entgegenzutreten, wo es geschieht. Damit unterstützen und stärken wir diejenigen, die wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte angegriffen werden. Manchmal werden wir sogar sportlich aktiv, wie beim Protest-Workout für Manahel al-Otaibi vor der Saudischen Botschaft in Wien. Die 31-jährige Fitnesstrainerin wurde in Saudi-Arabien wegen ihres Einsatzes für Frauenrechte auf X zu 11 Jahren Haft verurteilt.



Teil des Bühnenprogramms von „More Human Rights Please“ waren Reden von Aktivist*innen und musikalische Beiträge wie der hier im Bild zu sehende Auftritt der Sängerin „Sodl“.

WIR FEIERN DIE MENSCHENRECHTE!

Angesichts der aktuellen Weltlage ist uns selten zum Feiern zumute. Dabei sind genau diese Momente der Leichtigkeit wichtig, wenn wir Erfolge sichtbar machen und stolz auf unser Engagement sind. Sie geben uns die Kraft, dranzubleiben. Darum haben wir „More Human Rights Please“ ins Leben gerufen.

Der Einsatz für Menschenrechte und eine Gesellschaft, die auf Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit aufbaut, ist oft herausfordernd. Dennoch engagieren sich in Österreich 3,7 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen oder Initiativen. Dieses Engagement verdient mehr als stille Anerkennung. Es verdient Sichtbarkeit und Freude. Genau das wollten wir mit unserem ersten Community Event „More Human Rights Please“ anstoßen: Menschen zusammenbringen, Engagement feiern und noch mehr Menschen inspirieren, aktiv zu werden.

Am 13. September 2025 kamen im „Wild im West“ in Wien über 19 zivilgesellschaftliche Organisationen, sechs ehrenamtliche Gruppen von Amnesty International und zahlreiche Besucher*innen zusammen. Der Nachmittag war dicht und vielfältig: Es gab Workshops etwa zu Anti-Diskriminierung und sozialer Sicherheit, Streetart mit dem Kunstkollektiv Calle Libre, eine Sendung mit Radio ORANGE 94.0 und Diskussionen, unter anderem mit Standing Together über den Krieg in Gaza. Am Abend folgten Konzerte und Gespräche mit Aktivist*innen und Künstler*innen.

Der Tag hat gezeigt, wie vielfältig unser zivilgesellschaftliches Engagement in Österreich ist und wie dringlich die Themen sind, mit denen wir uns beschäftigen. Zugleich wurde deutlich, wie wichtig es ist, innezuhalten, stolz auf unser Engagement zu sein und unsere Erfolge gemeinsam zu feiern.

Auch 2026 feiern wir wieder die Menschenrechte: amnesty.at/more

UNGARN: DIE GRÖSSTE PRIDE ALLER ZEITEN

Wie kraftvoll unsere weltweite Bewegung sein kann und welche Bedeutung internationale Solidarität hat, zeigten hunderte Teilnehmer*innen bei der Pride in Budapest 2025.

Im April 2025 traten in Ungarn diskriminierende Gesetze in Kraft, die Pride-Märsche und andere Proteste für die Gleichberechtigung von LGBTQIA+ Personen im Land massiv gefährdeten. Nach Wochen der Ungewissheit und der Bedrohung der Versammlungsfreiheit fand die Budapest Pride allem zum Trotz statt. Mit über 200.000 Teilnehmenden aus über 70 Ländern war sie die größte in der Geschichte Ungarns.

Mehr als 280 Aktivist*innen und Mitarbeitende von Amnesty International aus Ungarn und 17 weiteren Sektionen beteiligten sich und protestierten trotz der Einschränkungen friedlich für Gleichberechtigung und das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Die Pride in Ungarn wurde zu einem eindrucksvollen Beispiel internationaler Solidarität: Mit weltweitem Druck auf die ungarische Regierung, mit der Unterstützung der Europäischen Union und von Europaabgeordneten, und mit zahlreichen Unterschriften für unsere Petition „Let Pride March“ konnte die Pride stattfinden. Gemeinsam setzten wir ein starkes Zeichen für die Rechte von LGBTQIA+ Personen.

Unser Einsatz bleibt wichtig. Aktuell droht Géza Buzás-Hábel, dem Organisator der Pride in Pécs (Ungarn) ein Jahr Gefängnis. Wir fordern die Anklage sofort fallenzulassen.

amnesty.at/geza



**„Wir werden auch weiterhin
gemeinsam für all jene kämp-
fen, die in einem Ungarn leben
wollen, in dem Menschenrechte
für alle gelten und Freiheit
sowie Gleichheit herrschen.“**

Dávid Vig,
Geschäftsführer von Amnesty International Ungarn

„ES IST NICHT MEHR GENUG, SICH IM KLEINEN AUSZUTAUSCHEN“

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, aber zugleich auch fest in lokalen Gemeinschaften verankert. Das zeigt die Arbeit der ehrenamtlichen Gruppe Salzburg. Die beiden Aktivistinnen Andrea und Julia erzählen, was Musik und Menschenrechte verbindet und wie man bei ihnen aktiv werden kann.

Andrea, du bist seit einem Jahr bei der Gruppe Salzburg. Warum war jetzt der Zeitpunkt, um aktiv zu werden?

Andrea: Die weltpolitische Lage hat mich irgendwann an den Punkt gebracht, an dem es mir nicht mehr ausreichte, nur im kleinen Kreis darüber zu reden. Ich wollte selbst an einer Verbesserung mitwirken. Da ich bereits Spenderin bei Amnesty war, habe ich dann begonnen, mich auch auf andere Weise zu engagieren.

Julia, du bist seit zwei Jahren dabei. Wie war dein Weg zu Amnesty?

Julia: Ich studiere Musik am Mozarteum in Salzburg und gleichzeitig Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Menschenrechte und internationale Politik. Wenn man mitbekommt, wie das Völkerrecht in der Praxis oft nicht durchgesetzt wird und Menschenrechte nicht gewahrt werden, wächst der Wunsch, selbst aktiv zu werden. Bei meiner Suche bin ich direkt auf die Amnesty-Gruppe in Salzburg gestoßen und dort dann auch geblieben.

Auch in deinem Aktivismus verbindest du Musik und Menschenrechte. Welche Aktion ist dir besonders in Erinnerung geblieben?

Julia: Am Mozarteum gibt es das Netzwerk „Practicing Care“, das verfolgten Künstler*innen Residencies ermöglicht. Ein Kollege brachte mich so mit Kai Ohrem in Kontakt, der sich stark für Maria Kalesnikava (Anm.d.Red.: belarussische Musikerin und ehemalige politische Gefangene) einsetzt und in Salzburg Veranstaltungen für ihre Freilassung organisierte. Gemeinsam haben wir die „Lange Nacht der politischen Gefangenen“ umgesetzt.

Könnt ihr euch erinnern, wie es war, als ihr von Marias Freilassung erfahren habt?

Andrea: Niemand hatte es sich laut auszusprechen getraut, dass sie tatsächlich freikommen könnte. Dafür war sie zu lange inhaftiert. Als die Nachricht kam, habe ich es sofort in unsere Gruppe gepostet und wir haben uns alle gemeinsam gefreut. Wenn man so viel Energie in den Aktivismus steckt, fragt man sich manchmal, ob das alles überhaupt etwas bringt. Aber Marias Freilassung war wirklich ein euphorischer Moment, der uns motiviert weiterzumachen.



Aktivist*innen der Gruppe Salzburg bei einer Aktion zur Reinigung der Stolpersteine.

Welche Themen beschäftigt euch noch, neben dem Aktivismus für Menschen in Gefahr?

Julia: Einerseits unterstützen wir Kampagnen und Themen von Amnesty und arbeiten dazu mit anderen Organisationen zusammen, etwa den „Omas gegen Rechts“. Wir führen Menschenrechtsworkshops an Schulen durch und konzipieren gerade einen Erwachsenenbildungskurs für das Evangelische Bildungswerk. Und wir beteiligen uns an verschiedenen Aktionen in Salzburg, wie etwa an „One Billion Rising“.

Wie würdet eure Gruppe jemandem beschreiben, der*die mitmachen möchte?

Andrea: Wir sind eine sehr heterogene Gruppe, sowohl was das Alter als auch die Hintergründe betrifft. Einige sind schon seit den 90ern dabei, andere wie ich erst seit Kurzem. Wir haben Mitglieder aus verschiedenen Ländern, etwa aus der Türkei und Mexiko. Dadurch bringt jede und jeder völlig andere Erfahrungen und Fähigkeiten mit. Was uns alle verbindet, ist das gemeinsame Ziel: Wir wollen uns für Menschenrechte engagieren.

Was würdest du sagen wenn jemand sich fragt: Wie fange ich an?

Andrea: Es braucht am Anfang ein bisschen Mut, zu einem unserer Gruppentreffen zu kommen, aber es lohnt sich. Man sieht, dass es viele Menschen gibt, die genauso denken wie man selbst. Die auch sagen, so wie es gerade läuft, ist es nicht die richtige Richtung. Es tut gut zu merken, dass man mit seinen Zweifeln nicht allein ist, aber auch mit seinen Zielen nicht.

Finde eine Amnesty Gruppe in deiner Stadt: amnesty.at/aktivwerden



UNABHÄNGIG



Für unsere Menschenrechtsarbeit nehmen wir keine Mittel von Regierungen oder politischen Parteien an. Unsere hundertprozentige Unabhängigkeit ist die Voraussetzung dafür, Menschenrechtsverletzungen glaubwürdig zu untersuchen, offenzulegen und anzusprechen – unabhängig davon, wer dafür verantwortlich ist. Ermöglicht wird unsere Arbeit durch die Spenden unsere zahlreichen Unterstützer*innen. Spender*innen wie Ihnen.

FINANZBERICHT 2025

Amnesty International Österreich ist die österreichische Sektion der Internationalen Vereinigung Amnesty International mit Sitz in London und ist in ihrer Tätigkeit an die Beschlüsse und Weisungen dieser Vereinigung gebunden. Zur Stärkung der gemeinsamen Arbeit und Zielerreichung besteht ein integrierter, vom internationalen Gremium (Global Assembly) beschlossener Mechanismus zur Verteilung der Mittel innerhalb des Vereins. Das Präsidiumsmitglied für Internationales, sowie zwei weitere Delegierte vertreten stimmberechtigt Amnesty International Österreich in der Global Assembly.

EHRENAMTLICHES PRÄSIDIUM

| | |
|---|--------------------------------------|
| Präsidentin | Sylvia Pumberger |
| Vizepräsidentin und Präsidiumsmitglied für Internationales | Christina Winder |
| Präsidiumsmitglied für Finanzen | Oğuzhan Gökdaş |
| Vizepräsidentin | Christine Newald |
| Präsidiumsmitglied | Martin Stübinger |
| Jugend-Präsidiumsmitglied | Lorenz Nepomuk Soukup (bis 29.03.25) |
| Jugend-Präsidiumsmitglied | Hélène Gugerell (ab 29.03.25) |

EHRENAMTLICHE RECHNUNGSPRÜFUNG

Birgit Mayer / Christine Gretschnig (Mai 2025) / Rainer Haselberger (ab Mai 2025)

GESCHÄFTSFÜHRERINNEN

Shoura Zehetner-Hashemi / Stephanie Geier

| | |
|---|---------------------------|
| Ordentliche Mitglieder | 902 (stimmberechtigt 674) |
| Angestellte* | 47 |
| FSJ – Freiwilligen Soziales Jahr | 1 |
| Spender*innen | 67.458 |

*exkl. Mitarbeiter*innen in Karenz/Mutterschutz und tageweise Beschäftigte wie Vortragende.
Die Darstellung der Funktionen und der Zahlen beziehen sich auf den Stichtag vom 31.12.25.

Ihre Spende in sicheren Händen

Es ist uns wichtig, unsere Unterstützer*innen die Sicherheit zu geben, dass ihre Spenden sorgsam verwendet werden. Deshalb unterziehen wir uns einerseits der Überprüfung durch die von der Mitgliederversammlung gewählten Rechnungsprüfer*innen und andererseits auch einer externen Kontrolle durch die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft SMP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH. Zusätzlich unterwerfen wir uns freiwillig den Kriterien des Österreichischen Spendengütesiegels. Das Gütesiegel steht für unseren verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Mittelherkunft

| | EUR |
|--|---------------------|
| I. Spenden | 7.030.048,24 |
| a) ungewidmete Spenden | 6.911.519,26 |
| b) gewidmete Spenden ¹⁾ | 118.528,98 |
| Österreich Fonds: inkl. 10.000,00 Euro für Klimagerechtigkeit | 54.348,98 |
| Krisenfonds | 14.347,00 |
| Human Rights Reliefonds - Fokus Frauen Afghanistan ²⁾ | 47.333,00 |
| Protect The Protest | 2.500,00 |
| II. Mitgliedsbeiträge | 26.920,00 |
| III. Betriebliche Einnahmen | 0,00 |
| a) betriebliche Einnahmen aus öffentlichen Mitteln | 0,00 |
| b) sonstige betriebliche Einnahmen | 0,00 |
| IV. Subventionen und Zuschüsse der öffentlichen Hand | 0,00 |
| V. Sonstige Einnahmen | 187.489,43 |
| a) Vermögensverwaltung | 31.088,14 |
| b) sonstige andere Einnahmen sofern nicht unter Punkt I bis IV festgehalten | 156.401,29 |
| VI. Auflösung von Passivposten ³⁾ für noch nicht widmungsgemäß verwendete Spenden | 42.370,36 |
| VII. Auflösung von Rücklagen | 70.347,00 |
| | 7.357.175,03 |

1) Die gewidmeten Spenden beinhalten € 54.348,98 für den „Österreich Fonds“ (inklusive € 10.000,00 Stiftungsspende zu Klimagerechtigkeit) und € 14.347,00 für den „Krisenfonds“. Diese Spenden wurden zur Gänze im Jahr 2025 aufgebraucht.

Von € 47.333,00 Spenden für das Internationale Human Rights Reliefonds Programm „Fokus Frauen und Mädchen in Afghanistan“ (Amnesty International - Globales Relief Team) kamen € 15.000,00 in 2025 zum Einsatz, sodass für 2026 € 32.333,00 unter ZU-FÜHRUNG ZU PASSIVPOSTEN³⁾ ausgewiesen werden. Für „Protect The Protest 2025“ wurden weiter € 2.500,00 Euro gespendet und gemeinsam mit den bereits 2024 erhaltenen € 22.500,00 aufgebraucht.

2) Die restlichen € 32.333,00 für das Internationale Human Rights Reliefonds Programm „Fokus Frauen Afghanistan“ (Amnesty International - Globales Relief Team) kommen im Jahr 2026 zum Einsatz.

3) Von dem in 2023 gebildeten Passivposten in Höhe von €23.589,43 bzgl. des noch nicht abgeschlossene Projekts „Schule im Aufbruch“ (Stiftungsspenden aus 2022 in Höhe von € 25.000,00) konnten in 2024 € 13.719,07 eingesetzt werden und in 2025 die restlichen € 9.870,36.

Sowohl die bereits in 2024 zur Verfügung gestellte € 22.500,00 Stiftungsspende für „Protect The Protest 2025“ als auch der Sponsoringbeitrag in Höhe € 10.000,00 kamen 2025 in voller Höhe zum Einsatz.

4) Die Menschenrechtskampagnen & Internationale Fälle/Projekte beinhalten u.a. folgende Themen, Schwerpunkte und Kampagnen:

Urgent Actions (Langzeitfälle, Briefmarathon, ...), Protect The Protest International, Themen des Österreich-Fonds (Protect The Protest National, Schwangerschaftsabbruch, Kennzeichnungspflicht, Klimagerechtigkeit, ...), Arbeit zu Ländern des Krisenfonds (Iran, Ukraine, Afghanistan, ...), sowie Projekte in Zusammenarbeit mit anderen Amnesty Sektionen/Ländern (Human Rights Reliefonds Program - Fokus Frauen Afghanistan, Americas Right to Health, Social Protection and Civic Space Unequal and Lethal, Stopping hatred and discrimination jointly - A cooperative project LGBTI+ rights in Hungary, 1000 Ways to Support Abortion and beyond - Amnesty Tschechien).

5) entspricht 4,39% der Spendeneinnahmen

Mittelverwendung

| | EUR |
|---|-------------------------|
| I. Leistungen für die statutarisch festgehaltenen Zwecke | 5.355.927,52 |
| a) Menschenrechtskampagnen & Internationale Fälle/Projekte ⁴⁾ | 5.011.498,42 |
| b) Aktivismus und ehrenamtliche Strukturen | 146.167,51 |
| c) Bildungsaktivitäten - davon Menschenrechtsbildung „Schule im Aufbruch“ | 198.261,60 11.008,40 |
| II. Spendenwerbung / Öffentlichkeitsarbeit | 918.715,38 |
| III. Verwaltungsaufwand | 1.186.189,16 |
| a) Verwaltungskosten, die im Zusammenhang mit der Verwendung der Spenden stehen ⁵⁾ | 308.859,81 |
| b) Sonstiger Verwaltungsaufwand | 877.329,35 |
| IV. Sonstiger Aufwand sofern nicht unter Punkt I bis III festgehalten | 0,00 |
| V. Zuführung zu Passivposten für noch nicht widmungsgemäß verwendete Spenden ²⁾ | 32.333,00 |
| VI. Zuführung zu Rücklagen | 0,00 |
| | 7.493.165,06 |
| Jahresfehlbetrag | -135.990,03 |



Disrupt.

Humanity

Resist

Truth

HUMANITY MUST WIN

Courage

Be courageous.

Unity



H

U

M

A

M

U

S

T



Jedes Jahr kommen Vertreter*innen von Amnesty aus aller Welt zusammen, um das Engagement in 150 Ländern und Gebieten zu bündeln. Dieses Bild entstand bei der Global Assembly 2025. In diesem Jahr beschäftigte uns besonders der weltweit zunehmende Autoritarismus. Was können wir Spaltung, Hass, Lügen und Gewalt entgegensetzen? Wahrheit, Solidarität, Courage und Menschlichkeit. Eine starke Zivilgesellschaft und unabhängige Organisationen wie Amnesty International sind dafür eine wichtige Grundlage. Ihre Spende macht das möglich. Dafür möchten wir danke sagen.

WWEA

AKTI

RD E

W!

Lassen Sie uns gemeinsam eine Welt gestalten, in der die Menschenrechte für alle gelten. Dafür, dass jede*r einzelne von uns ein Leben in Würde und Freiheit führen kann.

Egal, ob Sie eine Petition unterschreiben, sich für Urgent Actions anmelden, Aktivist*in oder Mitglied werden, sich finanziell beteiligen oder alles davon machen: Es gibt viele Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen.

[amnesty.at/mitmachen](https://www.amnesty.at/mitmachen)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Wir sind eine weltweite Bewegung von mehr als zehn Millionen Menschenrechtsverteidiger*innen. Wir nehmen Ungerechtigkeit persönlich. Wir kämpfen für die Rechte aller Menschen – für Freiheit, für das Recht, zu lieben, wen man will, für das Recht, frei die Meinung zu äußern oder für das Recht auf Schutz vor Verfolgung. Mit starken Kampagnen bündeln wir unsere Kräfte weltweit. Wir sind unabhängig von Regierungen, Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen. Unsere große Stärke liegt im Engagement von über zehn Millionen Mitgliedern, Unterstützer*innen, Spender*innen und Aktivist*innen in mehr als 150 Ländern. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, eine Welt zu schaffen, in der Menschenrechte für alle respektiert werden.

Wir sind Amnesty International.